

darauf verzichtet, die Beiträge der Sozialdemokratie zu der Reformdiskussion im Januar 1918 ausführlicher zu interpretieren (S. 38, 206). Das gleiche gilt für das von ihm völlig vernachlässigte Wahlrecht der November-Revolution, das sich nicht unbeträchtlich von den Regelungen des Wahlgesetzes unterschied, das unmittelbar nach dem Kapp-Putsch im Juni 1920 verabschiedet wurde. Dies gilt besonders für die am Weimarer Wahlrecht so viel kritisierte mangelnde Sperrwirkung gegenüber kleinen Parteien. Im ursprünglichen Wahlrecht der November-Revolution war diese Sperrwirkung in einem durchaus erheblichen Ausmaß vorhanden⁶. Statt dessen wendet sich Misch der Theorie des Gleichgewichts der Klassenkräfte zu, welche die Wahlrechtspolitik kaum beeinflusst hat. Demgegenüber ist die Leistung des Verf. hervorzuheben, die innerparteiliche und organisatorische Entwicklung der SPD mit der Wahlrechtsdiskussion zu verknüpfen.

Ein lesenswertes Kapitel findet sich gegen Ende des Buches über »Wahlreform und die Krise des Verfassungssystems« (S. 224 ff.). Misch kommt zu dem Ergebnis, daß sich auf der Parteilinken ein »generelles Desinteresse an institutionellen Fragen« nachweisen läßt (S. 225). Demgegenüber hebt er Gruppen wie den Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten und später die Gruppe um die »Neuen Blätter für den Sozialismus« hervor. Bei diesen traditionell dem rechten Flügel zugeordneten Gruppen stand bei der Diskussion von Wahlrechtsfragen keineswegs nur die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen, insbesondere der Exekutive, im Zentrum des Interesses; damit verbunden wurde vielmehr die leidenschaftlich diskutierte Frage nach der innerparteilichen Willensbildung (S. 225)⁷. Pessimistisch stimmt die nachdenkenswert Beobachtung des Verf., daß gerade diese Gruppen, die an ihren Randzonen durchaus auch zu ständestaatlichen und anderen demokratiefeindlichen Überlegungen neigten, innerhalb der Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik allein damit standen, den »in der Partei dominierenden Verfassungskonservatismus« (S. 260) in Frage zu stellen.

Der Historiker hätte bei der Lektüre der vorliegenden Arbeit auf manchen institutionstheoretischen Exkurs gern zugunsten des Versuchs verzichten können, die allgemeinpolitische Entwicklung noch enger mit der Wahlrechtsdiskussion innerhalb der Sozialdemokratie zu verknüpfen. Gleichwohl dürfte die vorliegende Studie angesichts ihres Materialreichtums und abgewogenen Urteils auf Jahre hinaus die maßgebliche Arbeit zur Geschichte der sozialdemokratischen Wahlrechtsprogrammatis bleiben.

Martin Martiny

Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, hrsg. von Reinhard Rürup, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1975, 403 S., kart., 32 DM.

Die vom gleichen Verlag in loser Folge vorgelegten historischen Anthologien (z. B. »Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr« sowie »Aufstand der Bürger« 1848) sollen einem breiten interessierten Publikum einen raschen Überblick über den jeweiligen Forschungsstand vermitteln. Das ist bei aller Zufälligkeit, mit der die jeweiligen Herausgeber und Bearbeiter gefunden wurden, und bei der Schwierigkeit, die jeweils noch vorhandenen Lücken zu schließen, weitgehend gelungen. Insbesondere der ratsuchende Geschichtslehrer (auch in der Sekundarstufe I) wird nach diesen handlichen und relativ preiswerten Bänden greifen. Im vorliegenden Falle gibt der Herausgeber *Rürup* in seiner Einleitung durchaus keinen ausgewogenen Kommentar, sondern er macht seine Position in der Diskussion um die umstrittene Bedeutung der Revolution für das Schicksal der Weimarer Republik deut-

⁶ Vgl. von der Vring, S. 41 f.

⁷ Einige weiterführende Aufschlüsse dazu bietet die von *Martiny* eingeleitete Dokumentation zur Entstehung und politischen Bedeutung der Neuen Blätter für den Sozialismus. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 3/1977.

lich, aber so, daß auch alternative Beurteilungen zur Sprache kommen. Für Rürup rührt die strukturelle Schwäche der Weimarer Republik aus ihrer Entstehungsgeschichte und die der gespaltenen Arbeiterbewegung aus dem Scheitern der sozialdemokratischen Revolution und der militärischen Unterdrückung oppositioneller Arbeitermassen durch die Führung der Sozialdemokratie. Im Gegensatz zur »Bolschewismusfurcht« der sozialdemokratischen Führung habe es keine reale Gefahr von seiten der Linken gegeben, insbesondere nicht von den weitgehend loyalen Arbeiter- und Soldatenräten. Die Räte huldigten keineswegs »rotem Terror« und einer revolutionären Mißwirtschaft, wie sie aus Rußland berichtet wurden, sondern sie zielten auf eine parlamentarisch-demokratische Neuordnung, eine Demokratisierung von Heer, Verwaltung und Wirtschaft, ohne angesichts der akuten Demobilisierungs- und Versorgungsprobleme die Sozialisierung als vordringlich anzusehen. Daß dieses reasonable Programm nicht zum Tragen kam, lastet Rürup der SPD-Führung an, die sich gegen die Massenbewegung und für ein Bündnis mit dem alten Offizierskorps entschieden habe. Erst dadurch sei es zur Eskalation im Spartakusaufstand gekommen. Obwohl eine solche Perspektive die tatsächlichen Machtverhältnisse und wichtige innen- und außenpolitische Faktoren außer Betracht läßt, nicht zuletzt organisatorische Probleme der Arbeiterbewegung, kann diese Hypothese einer weiteren Erforschung der schwierigen Materie dienlich sein.

Immerhin kommen die Mitarbeiter des Bandes in ihren regionalgeschichtlichen Analysen zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen, wie in Anbetracht der jeweiligen Bedingungen nicht anders zu erwarten. Für *Ulrich Kluge* »entwickelte sich der Umsturz in drei deutlich voneinander abgesetzten Aktionsarten: Er begann als Revolte, die in dem Prozeß der Machtergreifung gipfelte, dieser folgte die bewußte Revolutionierung«. Keineswegs war es nur die zentrale SPD-Führung, die sich der Militäradministration bediente. Vielmehr bestimmte die allgemein-politische, militär- und kommunalpolitische Situation die von Ort zu Ort unterschiedliche Ausprägung der revolutionären Bewegung. *Hans-Ulrich Knies* belegt das an dem kontroversen Ablauf in den Nachbarstädten Elberfeld und Barmen, ebenso wie *Irmgard Steinisch* am Beispiel des Mülheimer Raums. *Inge Marßolek* untersucht die Dortmunder und *Ulrich Kluge* schließlich die Münsteraner Vorgänge, die im Zeichen mehrheitssozialdemokratischen Übergewichts standen. Jedenfalls eignen sich die einzelnen Beiträge zu durchaus anderen Schlußfolgerungen, als sie vom Herausgeber sehr apodiktisch gezogen werden. Die Diskussion um Ablauf und Charakter der Novemberrevolution sowie die Rolle der Sozialdemokratie ist auch mit diesem Sammelband keineswegs entschieden.

Kurt Koszyk

Jürgen Klein, Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaften Hand in Hand gegen die Arbeiter, Verlag Association, Hamburg 1974, XXIV, 436 S., kart., 18 DM.

Dieser Titel ist ein zeilenidentischer Nachdruck der ursprünglichen Dissertation »Vereint sind sie alles? Untersuchung zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47«, die 1972 als Band 23 der Schriften der Stiftung Europa-Kolleg in Hamburg erschien. Er ist lediglich um die Seiten XVII bis XXIV ergänzt und hinter der letzten Personenregisterangabe mit einer Widmung für die erschossene Anarchistin Petra Schelm versehen. Der Nachdruck erfolgte, um durch eine billigere Ausgabe die »in der Darstellung verarbeiteten Fakten und unbekanntes Material einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen« (S. XVII), die Anmerkung »Der Erinnerung an Petra Schelm gewidmet: 1-422« (S. 436) dagegen, weil nach den Worten Kleins in der zweiten Auflage die mit der Toten verbunden gewesene »politische Konzeption« sich von der in seinem Buch geschilderten Konzeption und deren Vertretern »grundsätzlich unterscheidet, [...] kommunistisch und revolutionär ist [...] und [...] kompro-